

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/208

30. Oktober 1975

Sittliche Begründung für das Polen-Abkommen

Ein letzter Appell an die Unions-Parteien

Von Marie Schiel MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 / 35 Zeilen

Aus weiß ist kein schwarz zu machen !

Die Ostpolitik der CDU/CSU ist nicht mehr zu rechtfertigen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Bundestagesausschusses für innerdeutsche Beziehungen und für Auswärtiges

Seite 2 und 3 / 49 Zeilen

Bienenkopf vor den Toren des Reviers

Die SPD nimmt die Herausforderung gelassen an

Von Hans Urbanik MdB
Stellv. Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Sammelbewegung für das große Geld

CDU-Schatzmeister Leisler Kiep gibt Wahlpropaganda-Tipps

Von Rudi Welther MdB
Schatzmeister des SPD-Bezirks Hessen-Nord

Seite 6 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ghardi Ebert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 125 495
Presseklub 1, Zimmer 117-121
Telefon: 37 05 27 - 28
Telefax: 37 05 045 - 45 jpbm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 37 05 11

Sittliche Begründung für das Polen-Abkommen

Ein letzter Appell an die Unions-Parteien

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Vor zehn Jahren hatte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Denkschrift "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des Deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" der Öffentlichkeit vorgelegt. Den eigenen Auftrag umschrieb die EKD damals folgendermaßen: "Es gehört zum politischen Dienst der Christenheit, die sittlichen und menschlichen Bedingungen für eine den Menschen und der Haltung des Friedens dienende Politik zu vertreten... Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn dies not tut."

Wie sehr die aktuelle Politik in der Bundesrepublik Deutschland dieser sittlichen Begründung weiterhin bedarf, zeigt die gegenwärtige Diskussion um das am 9. Oktober unterzeichnete Vertragswerk mit Polen.

Die Denkschrift hatte folgende Maßstäbe gesetzt: "Die ethischen Erwägungen führen zu der notwendigen Konsequenz, in klarer Erkenntnis der gegenseitigen Schuld und ohne Sanktionierung von Unrecht, das nicht sanktioniert werden darf, das Verhältnis der Völker, namentlich das zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, neu zu ordnen und dabei Begriff und Sache der Versöhnung auch in das politische Handeln als einen unentbehrlichen Faktor einzuführen."

Maßgebliche Teile der Kirchen sehen in dem Vertragswerk mit Polen die hierzu folgerichtige Konsequenz. Der stellv. Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland, Kirchenpräsident Helmut Hild, nannte "die vertraglichen Abmachungen" eine "abschließende Lösung zur Neubegründung des deutsch-polnischen Verhältnisses." Die internationale Katholische Friedensbewegung "Pax Christi" begrüßte es, "daß nach jahrelangem Tauziehen eine Regelung gefunden werden konnte, die einerseits finanzielle Leistungen an Polen und andererseits die Ausreise von 125.000 Deutschen aus Polen vorsieht."

Der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat den Jahrestag der Ost-Denkschrift der EKD möglicherweise übersehen, als er seine persönliche Bulle gegen das Vertragswerk mit Polen bekannt werden ließ. Ähnlich dürfte es dem seinen Forderungen entsprochen habenden CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl widerfahren sein. Die Erörterung über das Polen-Abkommen sollte nach den Maßstäben der Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche trotzdem noch vor dem Forum des Bundesrats stattfinden. (-/30.10.1975/wi/ee/pr)

ee/pr

+ + +

Aus weiß ist kein schwarz zu machen!

Die Ostpolitik der CDU/CSU ist nicht mehr zu rechtfertigen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

**Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen und für Auswärtiges**

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Verfassungsbeschwerden gegen den Moskauer und Warschauer Vertrag, die einzelne Personen eingelegt hatten, war eine eindeutige Entscheidung zu Gunsten der Bundesregierung und der von ihr vertretenen Politik. Die Klage wurde abgewiesen. Das Gericht hat sich zwar in seiner Argumentation im wesentlichen an seine seinerzeitige Urteilmotivierung beim Urteil zum Grundvertrag angelehnt, aber es hat deutlich gemacht, daß es die Politik der Bundesregierung als durchaus verfassungskonform ansieht.

Es ist wohl nicht zu Unrecht aus diesem Urteil zu folgern, daß damit auch jene praktisch verurteilt worden sind, die die Politik dieser Bundesregierung dauernd mit der Behauptung zu verleumden versuchen, diese Politik sei eine Politik des Ausverkaufes und eine latente Preisgabe deutscher Interessen. Eine Politik, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt, das besagt, daß es die Aufgabe von Volk, Parlament und Regierung sein muß, die wohlerwogenen Interessen dieses Landes wahrzunehmen, kann daher künftig nicht so verleumdet werden, wie es immer wieder von gewissen Kreisen der Opposition her geschieht. Es sei denn, sie wollen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie es wirklich ehrlich mit dieser Verfassung meinen.

Das scheint man auch in den Reihen mancher Hintermänner jener "einzelnen Personen" erkennen zu haben, die diese Verfassungsbeschwerde eingebracht hatten. So versucht man nun die erlittene Niederlage zu verschleiern, indem man das Urteil, das die Kläger mit ihrer Klage zurückwies, nun nachträglich in einen Sieg umzuwandeln versucht. Aus der Feststellung des Ge-

ee/pr

richtes, "die Gebiete östlich von Oder und Neiße seien ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten nicht annektiert worden", folgert man, daß die Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Grenze zur DDR als innerdeutsche Grenze zu bezeichnen sei. Da kommt man zu der drohenden Feststellung, daß, da das Staatsbürgerrecht der Deutschen jenseits der Oder-Neiße fortbestünde (was die Bundesregierung nie in Frage gestellt hat), sich die Regierung bei der Unterlassung ihrer Vertretungspflicht gegenüber diesen Deutschen einer möglichen Verfassungsverletzung schuldig und anderes mehr mache.

Den Kern des Urteils jedoch, daß die Klage abgewiesen worden ist, den verschweigt man. Wie das mit der in den Unions-Kreisen immer wieder erklärten Respektierung der Verträge, die ja vom Bundesverfassungsgericht nun noch einmal ausdrücklich als rechtmäßig bezeichnet wurden, zu vereinbaren ist, erscheint unergründlich. Nun, die Ostverträge waren nie als ein Ersatz für einen Friedensvertrag gedacht und sind es auch nicht. Sie hatten aber zweierlei Ziele, die man nicht überraschen kann: Sie wollten Gebirge der Angst und Mauern des gegenseitigen Unverständnisses beseitigen helfen und Quellen des Völkerhasses verstopfen. Sie wollten darüberhinaus verdeutlichen, daß man nach 30 Jahren das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen kann, so schmerzhaft diese Einsicht auch für viele in diesem Lande sein mag, die ihre Heimat verloren haben. Das ist eine logische und konsequente Politik. Sie ist besser und ehrlicher, als wenn man versucht, wie es bei der Opposition geschieht, immer noch einmal aus weiß schwarz zu machen!

(-/30.10.1975/wi/ee/pr)

ee/pr

+ + +

Biedenkopf vor den Toren des Reviers

Die SPD nimmt die Herausforderung gelesen an

Von Hena Urbanik MdB

Stellv. Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Bezirke Westliches Westfalen
der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, CDU-Generalsekretär und wie kaum ein anderer davor gefeit, sich selbst und seine Möglichkeiten zu unterschätzen, will seinen Chef Dr. Helmut Kohl im kommenden Bundestagswahlkampf offensichtlich im Revier verkaufen. In Düsseldorf, jener Stadt, die bisweilen als "Schreibtisch des Reviers" apostrophiert wird, umriß der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Heinrich Köppler vor Journalisten einen speziellen Dreh, den sich die Union für den kommenden Bundestagswahlkampf ausgedacht hat: Im Ruhrgebiet, dessen Wähler der CDU noch bei den diesjährigen Landtagswahlen eine deutliche Abfuhr erteilt hatten, soll ein "Sonderwahlkampf" geführt werden mit dem Ziel, den Stimmenanteil der Opposition auf "über 40 Prozent" zu steigern. Mit Biedenkopf an der Spitze soll noch in diesem Jahr eine Kampagne gestartet werden, um die CDU-Mitglieder zu mobilisieren. Ihren Sonderwahlkampf will die Opposition vor allem auf die gewerkschaftlich kaum organisierten Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben richten.

Die SPD sieht den Auftritten des "CDU-Matsadors" mit Gelassenheit entgegen. Sie sucht in den arbeitnehmergeprägten Ballungszentren des Reviers die offensive Auseinandersetzung mit ihrem politischen Gegner. Schwerpunkte dabei werden Arbeitnehmerkonferenzen sein, bei denen den Teilnehmern besonders verdeutlicht werden wird, wie sehr es der sozialliberalen Koalition selbst bei ungünstiger Wirtschaftslage gelungen ist, das Gebäude der sozialen Sicherheit gegen widrige Einwirkungen abzuwehren. Für eine Betriebs- und Personalratkonferenz wird auch Bundeskanzler Helmut Schmidt zur Verfügung stehen.

Angesichts der inneren Zerrissenheit im Unions-Lager wird es Biedenkopf in den Hochburgen der SPD nicht leicht haben. Auch sein mißglückter Ausflug nach Ahlen wird dem Generalsekretär kaum weiterhelfen. Die Arbeitnehmer an der Ruhr haben sattsam bewiesen, daß sie gewöhnt sind, politische Fakten und Zusammenhänge nüchtern zu beurteilen. Sie messen Parteien an deren praktischer Politik und nicht an den verbalen Klimazügen ihres Generalsekretärs. Die Arbeitnehmer haben ein gutes Erinnerungsvermögen. Daher wird Dr. Biedenkopf peinliche Fragen zu beantworten haben. Die Wähler

ee/pr

an der Ruhr werden dem Ex-Hankel-Mann auch nicht auf die Leimrute der sog. "Neuen Sozialen Frage" kriechen, jenes Bestandteils der "Mannheimer Erklärung" der CDU, von dem sich Strauß, Dr. Stoltenberg und Prof. Erhard bereits öffentlich distanziert haben.

Noch allzu gut ist den Arbeitnehmern in Erinnerung, wie sich für Prof. Biedenkopf die soziale Frage im August 1973 gestellt hatte: "Die Verwirklichung der Sozialpflichtigkeit der autonomen Verbände und Organisationen, deren wirtschaftliche und damit politische Macht nicht auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, ist die eigentliche soziale Frage des ausgehenden 20. Jahrhunderts... Sie zu lösen ist der politische Auftrag der CDU." Die harte Kampfansage an die Gewerkschaften, deren Bedeutung sich nicht aus dem Produktionsmitteleigentum ableitet, bot Biedenkopf unmittelbar nach Vorlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer noch unverhüllt dar, als er in Essen im Februar 1974 die Redaktion der "Neuen Ruhr-Zeitung" besuchte: "Wenn dieses Gesetz kommt, dann wird es in der Bundesrepublik eines der größten Probleme sein, ob wir ein Gewerkschafterecht brauchen ... Falls die CDU an die Regierung kommt, dann würde dieses Gesetz abgeschafft, sofern dies denn noch möglich ist." Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden den CDU-Generalsekretär fragen, wie die CDU die von ihm skizzierte "eigentliche soziale Frage" zu lösen beabsichtigt.

Prof. Biedenkopf wird sich auch nicht an einer Antwort auf die Frage vorbeimogeln können, wer in der Union eigentlich die Richtlinienkompetenz ausübt, die er jüngst vorsilig und den tatsächlichen Verhältnissen widersprechend für den nominellen Kanzlerkandidaten Kohl reklamierte. Denn die Richtlinien der Oppositionspolitik werden allemal von der CDU-Zentrale in der Münchner Lazarettstraße vorgegeben. Daher wird der CDU-Generalsekretär nur schwerlich die These von der Mainzer Marionette widerlegen können: Wer im Revier die CDU und Kohl wählt, wählt in Wahrheit Strauß!

(-/30.10.1975/wi/ee/pr)

pr/

+ + +

Sammelbewegung für das große Geld

CDU-Schatzmeister Leisler Kiep gibt Wahlpropaganda-Tips

Von Rudi Walther MdB

Schatzmeister des SFD-Bezirks Hessen-Nord

Der Bundestagswahlkampf 1976 wird wieder - wie der von 1972 - ein Kampf des großen Geldes gegen die sozial-liberalen Reformen einer überstündigen Gesellschaftsordnung werden. Wer's nicht glauben will, kann's schwarz auf weiß nachlesen: Am 3. Oktober 1975 griff MdB Walther Leisler Kiep, der bekanntlich ja nur deshalb im Bundesvorstand der CDU dabei sitzen darf, weil er über besonders gute Beziehungen zum großen Geld verfügt und es in besonderem Maße für die CDU locker machen kann, in seiner Eigenschaft als Landeschatzmeister der hessischen CDU zur Feder und schrieb an alle hessischen Unternehmer, von denen er meinte, daß er sich auf sie verlassen könnte, einen Bettelbrief besonderer Art. Hätte er nicht versehentlich auch sozialdemokratische Unternehmer angeschrieben - wer weiß, vielleicht wäre dieses beachtliche Zeitdokument der Öffentlichkeit verborgen geblieben.

Nun ist dieser Brief zu lang, um ihn in voller Länge nachzudrucken. Aber einiges soll doch dem Leser zu kund und wissen gegeben werden:

"Wer heute im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik Entscheidungen zu treffen hat, wird mit uns der Meinung sein: Es ist höchste Zeit für eine Wende in der deutschen Politik. Bei der Fülle der Krisenerscheinungen kommt es jetzt darauf an, der deutschen Wirtschaft durch langfristige und vernünftige steuer- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen die Ungewißheit über zukünftige Belastungen zu nehmen. Für die hessische CDU hat der Bundestagswahlkampf schon begonnen. Bitte helfen Sie uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben in dieser so wichtigen politischen Auseinandersetzung durch eine offene Stellungnahme in Ihrem Bekanntenkreis, durch Mitarbeit in Ihrem CDU-Kreisleverband und durch Überweisung auf unser Wahlkampfsonderkonto CDU Hessen. Eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung geht Ihnen umgehend zu."

Wie jeder weiß, sind aber nur 600 DM je Person und Jahr steuerabzugsfähig. Das ist natürlich für CDU-Gönner nur ein kleines Taschengeld. Deshalb, so Leisler Kiep weiter, werden "meine Mitarbeiter in Hessen Sie auf Wunsch auch gern über andere Möglichkeiten der Unterstützung unserer Arbeit unterrichten." Welche Möglichkeiten es gibt, z. B. über Fördergesellschaft der dubiosesten Art, überzahlte Anzeigen für CDU-Zeitungen usw., der CDU steuerfreie Wahlgeschenke zukommen zu lassen, darüber hatte schon der Wahlkampf 1972 beredte Auskunft gegeben.

Bei diesem Massenaufgebot des großen Geldes werden Sozialdemokraten wieder einmal nicht mithalten können. Sie werden sich - und das ist sogar gut so - auf ihren Idealismus, ihre Begeisterungsfähigkeit und ihre Überzeugungstreue stützen müssen - wobei sie auf eine gute Leistungsbilanz hinweisen können!

(-/30.10.1975/wi/pr/hh)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller